

Pressemitteilung der Alternative Stadt Zug

Hasenbüel: Volksrechte vor Parteilichkeit!

Die Mehrheit des Zuger Stadtparlaments hat die „Volksinitiative für den Schutz des Hasenbüels“ für ungültig erklärt. Einmal mehr schiebt die Parlamentsmehrheit an den Bedürfnissen und am Willen der Zuger Bevölkerung vorbei. Wir haben das kürzlich beim Belvedere erlebt. Damals war die Alternative Stadt Zug die einzige Partei, welche die Bedenken der Stadtzugerinnen und Stadtzuger gegen die verfehlte Bauvorlage ernst genommen hat. Prompt haben der Stadtrat und die GGR-Mehrheit dafür an der Urne die Quittung erhalten. Diese demokratische Mitsprache wollen sie beim Hasenbüel offenbar gar nicht erst riskieren und erklären deshalb die Hasenbüel-Initiative für ungültig. Sie folgen dabei einem Parteigutachten, das die private Bauherrschaft in Auftrag gegeben hat. Dieser Entscheid ist doppelt fragwürdig. Erstens geniesst die Hasenbüel-Initiative überparteiliche Unterstützung und breite Sympathien in der Bevölkerung, wie auch die NZZ in einem Artikel zum Unbehagen über das schnelle Wachstum Zugs festhielt (19.7.2008). Dieses Unbehagen kommt auch in der Hochhausinitiative zum Ausdruck, für die sich ein Kompromiss abzeichnet. Wenige Städte vergleichbarer Grösse haben einen solchen rasanten Wandel erlebt wie Zug, das einen unglaublichen Verlust an historischer Bausubstanz zu verschmerzen hat. Zweitens kommt das Rechtsgutachten von Professor Andreas Auer zum Schluss, dass der grösste Teil des Initiativbegehrens gültig ist. Wenn die GGR-Mehrheit das Bauherrengutachten dem Expertengutachten vorzieht, dann signalisiert er damit, dass er die Interessen der privaten Eigentümer höher gewichtet als die Interessen des Volkes. Das Initiativkomitee hat versucht, den raumplanerischen Weg zu beschreiten. Nun droht ein jahrelanger Rechtsstreit. Dabei böte die Guggi-Wiese bestes Anschauungsmaterial. Dort standen vor 25 Jahren bereits Profile für Wohnblöcke. Es kam zu einer Abstimmung, in der sich die Stadtzuger Bevölkerung für den Erhalt der Wiese aussprach. Was damals richtig war, nämlich die Mitsprache des Volkes, soll heute falsch sein? Die Alternative Stadt Zug, die bereits versucht hat, Einsprache gegen das Baugesuch einzulegen, wird sich weiterhin für den Schutz des Hasenbüels engagieren. Die Stadt Zug hat mehr Umsicht beim Wachstum verdient – und mehr Rücksicht auf Mensch und Umwelt.

Alternative Stadt Zug
Rupan Sivaganesan, Präsident

Marianne Zehnder, Fraktionschefin